



BERLININFO

NR. 4

10. März 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

der türkische Ministerpräsident Erdogan und seine Minister haben große Verärgerung in der deutschen Bevölkerung und der Politik ausgelöst. Mit Recht. Seine Beschimpfungen und seine Nazivergleiche sind mit Nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit seinem Kampf um mehr Macht. Von Deutschland fordert er Meinungs-

und Versammlungsfreiheit, beschränkt aber genau das in seinem eigenen Land. Ich glaube, wir alle haben den Impuls, ihm das mit harten Maßnahmen klar zu machen. Nur: klug wäre das nicht. Eine Eskalation hilft nur Erdogan. Auf diesem Weg mobilisiert er die Massen für sich. Genau das wollen wir aber nicht. Es gilt also Ruhe zu bewahren! Die Beschimpfungen sehr klar und deutlich zurückzuweisen. Die Eskalationsspirale zu durchbrechen.

Eine andere Frage ist, welche Mittel des „in die Schranken weisens“ haben wir eigentlich? Nach §47 des Ausländeraufenthaltsgesetzes kann man Ausländern z.B. Demonstrationen oder Versammlungen verbieten. Aber Regierungsmitglieder eines anderen Staates, wie auch der Türkei, fallen nicht darunter. Sie sind Diplomaten und haben damit andere Rechte. Hier könnte nur Außenminister Gabriel eingreifen.

Pikant ist dabei, dass die türkische Regierung gegen ihr eigenes Wahlgesetz verstößt. Darin ist festgeschrieben, dass "keine Wahlpropaganda" im Ausland gemacht werden darf. Ich finde, so weh es auch tut, die Beschimpfungen aus der Türkei ertragen zu müssen, so wichtig ist es, damit einmal mehr zu zeigen: wir meinen es ernst mit unserem Grundgesetz und der Meinungsfreiheit!

Ihre

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Der Ton macht die Musik

Ich habe hunderte Postkarten und Briefe erhalten, die von der Versandapotheke DocMorris erstellt wurden und die auch den Versand bezahlt hat. Das scheint Teil einer breiten Kampagne zu sein, die unter anderem mit TV-Spots betrieben wird. Dahinter stecken ausschließlich finanzielle Interessen - genauso wie bei den Apothekern, die selbst auch Briefe an die Politik schreiben. Im Kampf um Marktanteile spannen diese aber nicht ihre Kunden vor den Karren. Mich hat mein Apotheker vor Ort jedenfalls noch nicht gefragt, ob ich ihm meine Adresse gebe will und er für mich einen Brief für seine Interessen abschicken kann. Diese Art von Lobbyismus schießt über das Ziel hinaus, finde ich. Ein Beispiel dafür, dass wir unsere Daten online leichter zur Verfügung stellen, als wir das im direkten Kontakt vielleicht tun würden.



Wenn der Fahrer zum Passagier wird

Schon heute kommen neue Automodelle auf den Markt, die für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum, die Lenkung eines Fahrzeugs komplett übernehmen können. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Man kann davon ausgehen, dass in 3-5 Jahren voll- und hochautomatisierte Fahrzeuge einen Großteil der Aufgaben des Fahrzeugführers übernehmen können. Wenn aber der Fahrer nicht mehr durchgängig den Wagen führt, sondern er diese Verantwortung auch an das bordeigene System abgibt, muss er dann auch weiterhin im Schadensfall haften? In der Regierungskoalition beraten wir aktuell einen Gesetzesentwurf des Verkehrsministeriums zu diesem Thema, in dem geregelt werden soll, dass die Haftung nicht mehr allein beim Fahrer liegt. Sie soll auf den Hersteller übergehen, wenn das Fahrzeug die Führung übernommen hat. Den Entwurf dazu haben wir in dieser Woche zwischen Vertretern der Regierungskoalition diskutiert. Es bleibt also spannend!



Tristan Kerstiens: Praktikumsbericht

Tristan Kerstiens ist mein Name, ich bin 20 Jahre alt und angehender BWL-Student aus Wassenach, einem kleinen Ort im Wahlkreis von Mechthild Heil. Nach dem Abitur im letzten Jahr und meinem freiwilligen Wehrdienst bei der Bundeswehr wollte ich gerne einen Einblick in die Politik bekommen. Nun, nach meinem vierwöchigen Praktikum im Abgeordnetenbüro von Frau Heil blicke ich auf eine sehr interessante und ereignisreiche Zeit zurück. In meiner ersten Woche - einer von zwei Sitzungswochen während meines Praktikums - durfte ich Frau Heil zu mehreren Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen für Recht und Verbraucherschutz, sowie zu Meetings mit Interessenvertretern von Unternehmen, wie TÜV Rheinland, Booking.com und ABInBev, begleiten. Wie man merkt sind das Firmen aus den verschiedensten Branchen der Wirtschaft, das kommt dadurch zustande, dass Frau Heil als Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU ein sehr breites Spektrum an Themen zu bearbeiten hat. Entsprechend interessant fand ich die Themen bei den Meetings und bewundere Frau Heil für ihre umfassende Kompetenz.

In meiner zweiten Woche begann das Praktikantenprogramm der CDU/CSU Fraktion. Das Programm bietet Veranstaltungen wie Diskussionsrunden mit bekannten Politikern, Besichtigungen der Liegenschaften des Bundestags, oder Besuche von sehenswerten Ausstellungen. Mein persönliches Highlight dabei war die Diskussionsrunde mit dem Finanzminister Wolfgang Schäuble, der sich außerordentlich viel Zeit für uns genommen hat und all unsere Fragen sehr ausführlich und zufriedenstellend beantwortete. Mein Zuständigkeitsbereich im Büro von Frau Heil erstreckte sich von Recherchen zu Gesetzesentwürfen oder Vorträgen über einen Entwurf für eine Instagram-Strategie, bis hin zu Berichterstattungen über Meetings. Natürlich durften auch nicht die Besuche des Plenums in den Sitzungswochen fehlen. Unter den Plenardebatten, die ich besuchen durfte, war die zur Einführung der „Gleichgeschlechtlichen Ehe“ mit Abstand die Interessanteste. In der Zeit, die ich im Abgeordnetenbüro von Frau Heil verbringen durfte wurden mir nicht nur die politischen Ablaufprozesse praktisch aufgezeigt, sondern auch der Alltag einer Bundestagsabgeordneten und ihrer Mitarbeiter, durch einen „Blick hinter die Kulissen“, näher gebracht. Jetzt verabschiede ich mich aus einem Büro, das mich von Anfang an sehr herzlich aufgenommen hat und einer aufregenden Stadt. Beides wird mir in sehr guter Erinnerung bleiben.



Gegenwärtiges: Verhältnis Deutschland – Türkei

Um es klipp und klar zu sagen: Die Nazi-Vergleiche des türkischen Präsidenten Erdogan sind inakzeptabel und klar zurückzuweisen. Wer das demokratische Deutschland mit dem des Nationalsozialismus gleichsetzt, überschreitet nicht nur jedes Maß, sondern disqualifiziert sich selbst. Er relativiert damit auch in unerträglicher Weise die furchtbaren Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus.

Im Übrigen haben wir keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von einem türkischen Autokraten notwendig, der, wie Erdogan in der Türkei, erhebliche Defizite in Sachen Meinungs- und Pressefreiheit, Religionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit hat. Der Umgang mit der Türkei ist ein emotionales Thema, das die Menschen in Deutschland sehr bewegt. Wir wollen nicht, dass in-ner-türkische Konflikte in unserem Land ausgetragen werden. Wir müssen jedoch einen kühlen Kopf bewahren, um eine Spirale der Eskalation zu vermeiden und Erdogan nicht in die Opferrolle hineinzutreiben, die er für seine politischen Zwecke in der Türkei braucht.

Die oberste politische Tugend ist die Klugheit. Und politisch klug ist es, zu unseren Werten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die uns in Deutschland stark machen, zu stehen. Deshalb macht es keinen Sinn, ein generelles Versammlungsverbot mit Auftritten türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland zu verhängen, solange Recht und Gesetz eingehalten werden und solange im Voraus klar ist, wer zu einer Veranstaltung als Redner kommt. Wer aber in unserem Land bei Veranstaltungen uns als faschistisch beschimpft, der ist hier unerwünscht.

Das hat nichts mit Duckmäuserium oder Erpressbarkeit zu tun, wie allenthalben zu lesen ist. Deutschland ist von der Türkei nicht erpressbar. Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei ist auch in türkischem Interesse, weil mehrere Milliarden Euro für die Versorgung der in der Türkei lebenden Flüchtlinge fließen und dem menschenunwürdigen Schlepperunwesen in der Ägäis ein Ende bereitet wurde. Wir sollten bei all dem nicht vergessen: Die Türkei ist nicht gleich Präsident Erdogan. Es gibt viele menschliche Bindungen und Freundschaften zwischen Deutschen und Türken, es gibt viele Bürger mit türkischen Wurzeln in Deutschland.

Wir schauen nach vorne, die SPD zurück

Die SPD schickt sich an, den vierten Bundestagswahlkampf mit der Agenda 2010 zu führen. Wenn die Sozialdemokraten eine „Agenda rückwärts“ wollen, sollen sie es gerne damit versuchen. Das geht an den tatsächlichen Herausforderungen unseres Landes, an den Sorgen der Menschen vorbei.

Der Kandidat versucht sich in Augenwischerei, wenn er behauptet, die Union habe die innere Sicherheit in Deutschland riskiert – während vier der fünf unsicheren Bundesländer von der SPD geführt werden. In NRW kann man kaum noch von „Sicherheitslage“ sprechen, wenn man die Probleme bei der inneren Sicherheit betrachtet: Hooligan-Krawalle und Silvesternacht in Köln, die meisten Einbrüche und schlechte Aufklärungsquote hat die SPD dort zu verantworten.

Wir treten damit an, die Bürgerinnen und Bürger mit unseren Ideen für Deutschland 2025 zu gewinnen. Wir schauen nach vorne, wir ruhen uns auf unseren Erfolgen der letzten Jahre nicht aus. Wir treten für eine starke Wirt-

schaft auch im Zeitalter der Digitalisierung ein. Wir wollen erst das Geld erwirtschaften und es dann den Schwachen in unserer Gesellschaft zugutekommen zu lassen und nicht umgekehrt wie die SPD. Mit erfolgreichem Wirtschaften sorgen wir für die Grundlage einer sicheren Rente und eines guten Gesundheits- und Pflegesystems. Wir werden in die innere Sicherheit weiter massiv investieren und Deutschland mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sicher durch international unruhige Zeiten führen.

Die Maut kommt

Wir legen in dieser Wahlperiode den Grundstein für eine Verbesserung der Verwaltung, der Planung und der Instandhaltung unserer Infrastruktur. Nachdem wir mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 eine Rekordsumme für Erhalt und Ausbau der Verkehrsverbindungen in Deutschland bereitgestellt haben, muss nun alles in die Wege geleitet werden, dass es zügig mit Ausbau und Instandsetzung vorangeht. Dazu bereiten wir die Gründung einer Autobahngesellschaft vor, die in Zukunft alle Aufgaben, die sich aus Planung, Bau und Instandhaltung der Autobahnen ergeben, in einer Hand bündeln soll.

Eines der wichtigsten Mittel für Erhalt und Ausbau stellt die Nutzerfinanzierung der Autobahnen dar, die bereits mit der Einführung einer LKW-Maut begonnen wurde. Wir gehen in dieser Woche den zweiten Schritt an und setzen unsere Pläne auch für die PKW-Nutzer um. Wir stellen damit sicher, dass nun alle Nutzer deutscher Autobahnen, inländische und ausländische, zu deren Erhalt beitragen, ohne dass inländische Autofahrer schlechter gestellt werden. Das nach Rücksprache mit der EU-Kommission überarbeitete Regelwerk für die PKW-Maut, die Infrastrukturabgabe, beraten wir in dieser Woche im Plenum in erster Lesung.

Ländlicher Raum: Modellprojekte zu „Flüchtlingsinitiativen“ und „digitalen Anwendungen“ können gefördert werden

Gerne weise ich auf mehrere Fördermöglichkeiten des Bundes zugunsten „Ländlicher Räume“ hin. „Mit der Bundesinitiative Ländliche Entwicklung“ (BULE) wird das gemeinsame Ziel verfolgt, unsere ländliche Regionen noch attraktiver zu machen. Wichtiger Teil dieser Initiative ist das Bundesprogramm "Ländliche Entwicklung", das Modell- und Demonstrationsvorhaben, Wettbewerbe, Forschungsaktivitäten und Kommunikationsmaßnahmen bündelt. Ab 2017 stehen jährlich 55 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt allein für diese Initiative zur Verfügung. Aktuell können für Projekte aus den Bereichen „Flüchtlingsinitiativen“ und „Digitale Anwendungen“ Mittel beantragt werden. Lokale Vereine und Initiativen werden mit dem Programm „500 LandInitiativen“ bei der Integration von Flüchtlingen in die Dorfgemeinschaften unterstützt. Etwa 250 Anträge sind bereits eingegangen. Interessierte können bis zum 31.03.2017 über www.ble.de/landinitiativen Anträge stellen. Antragsberechtigt sind in der Integrationsarbeit aktive Vereine sowie Vereine in Gründung (z.B. Sport-, Musik- und Heimatvereine), lokale Verbände (z.B. Wohlfahrtsverbände, Landfrauen- oder Landjugendverbände), weitere lokale Organisationen und Initiativen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die auf freiwilligem Engagement beruhen (z.B. Flüchtlingsräte, Migrantenselbstorganisationen, Freiwilligenagenturen, Flüchtlingsorganisationen, Kirchen). Auch können Einzelpersonen (natürliche Personen) für eine Initiative einen Antrag stellen. Gefördert werden Projekte mit einer Förderung von mindestens 1.000 € und maximal 10.000 €.

Unter dem Stichwort „Digitale Anwendungen für ländliche Räume“ werden innovative Einzelprojekte auf örtlicher Ebene gesucht, die die Chancen der Nutzung und Vernetzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Lösung von Problemen im ländlichen Raum dauerhaft nutzen. Es geht etwa um die Erprobung digitaler Werkzeuge in den Themenfeldern Nahversorgung, Mobilität, Bildung und Lernen, Telemedizin oder die flexible, ortsunabhängige Gestaltung von Arbeit. Aus dem Bundesprogramm stehen je Modellprojekt bis zu 200.000 Euro Fördermittel zur Verfügung. Durch diese Bundesförderung zur Stärkung der ländlichen Räume ergeben sich auch Chancen in meinem Wahlkreis. In Zukunft sollen weitere Themengebiete mit Fördermitteln erschlossen werden, so etwa innovative kulturelle Angebote in ländlichen Regionen, oder innovative und integrierte Mobilitätskonzepte unter Einbezug verschiedener Verkehrsträger. Im Bereich „Bildung und Naturerlebnisse“ sollen praxisbezogene Bildungsmaßnahmen, so wie „Kinder erleben Land- und Forstwirtschaft“, unterstützt werden.

Daten und Fakten

Arbeitsmarktforschung: Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld erhöht Langzeitarbeitslosigkeit. Die Arbeitsmarktforschung zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der Dauer der Arbeitslosigkeit existiert. Der Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Holger Schäfer kommt zu dem Ergebnis, dass eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, wie von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gefordert, falsche Anreize setze und die gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefährde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der Agenda 2010 merklich gebessert. Schäfer zufolge laufe eine Rücknahme der Reformen Gefahr, die erzielten Erfolge zunichte zu machen, da eine verlängerte Bezugsdauer dazu führe, dass in Sachen Lohn die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Arbeitslosen immer weiter auseinander ginge. Großzügige soziale Leistungen gingen mit entsprechend höheren Lohnansprüchen an eine neue Beschäftigung einher. Auch eine Verschärfung der Befristungsquoten hält der Arbeitsmarktforscher für unnötig.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Faktencheck Agenda 2010. Seit Einführung der Reformagenda fiel die Zahl der Arbeitslosen von mehr als fünf Millionen Anfang 2005 auf rund 2,76 Millionen im Februar 2017. Forscher der Universität Mainz führen diese Entwicklung unter anderem auf die bessere Vermittlungsarbeit zurück, die alleine für die Senkung der Arbeitslosenrate um zwei Prozentpunkte verantwortlich sei. Im Zuge des Umbaus der Arbeitsbehörden kamen statistisch gesehen deutlich weniger Arbeitslose auf einen Vermittler. Im selben Zeitraum entstanden 2,7 Millionen neue, unbefristete und sozialversicherte Jobs. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge hätten die gute Konjunktur und moderate Lohnabschlüsse die Reformwirkung weiter unterstützt. Zwar kletterte die Zahl der Leiharbeiter von gut 300 000 im Jahr 2013 auf eine Million im Jahr 2016, dies habe laut IAB-Forschern jedoch auch positive Folgen: Bei der Hälfte der Leiharbeit handele es sich um zusätzliche Stellen.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft Köln)